

Rezension: James Heartfield: The British and Foreign Anti-Slavery Society. A History, 1838-1956

Kößler, Reinhart

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kößler, R. (2017). Rezension: James Heartfield: The British and Foreign Anti-Slavery Society. A History, 1838-1956. [Rezension des Buches *The British and Foreign Anti-Slavery Society: a history, 1838-1956*, von J. Heartfield]. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 37(2), 328-331. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58026-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

James Heartfield: *The British and Foreign Anti-Slavery Society. A History, 1838-1956*. London: Hurst 2016, 486 Seiten

Der Kampf gegen die Sklaverei mobilisierte seit den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts größere Gruppen von Aktivist*innen, die nicht unwesentlich dazu beitrugen, dass das britische Parlament 1807 den Sklavenhandel verbot, dieses Verbot Eingang in die Schlussakte des Wiener Kongresses 1815 fand und 1833 die Sklaverei vor allem in Westindien abgeschafft wurde. Wie James Heartfield gleich eingangs betont, war Letzteres Bestandteil der umfassenden Reformen der frühen 1830er Jahre, die auch eine Parlaments- und Wahlrechtsreform ebenso wie das berüchtigte *New Poor Law* umfassten. Der Kampf gegen die Sklaverei nahm die Form von Eingaben und Petitionen an das Parlament, lokalen Versammlungen und Organisationsanstrengungen sowie in weit geringerem Maß öffentlichen Aktionen an. Er ging in erster Linie von nonkonformistischen christlichen Gruppen aus, unter denen Quäker eine herausragende Rolle spielten; dementsprechend gehörten viele Beteiligte zu den aufstrebenden industriellen Unternehmern. Die Reformperiode fiel freilich auch in eine stürmische Zeit: mit dem Aufschwung der Chartisten und ihrer Forderung nach dem allgemeinen Männerwahlrecht, verbunden mit den Anfängen einer eigenständigen Arbeiterbewegung, die die Parole von der „weißen Sklaverei“ auf die Tagesordnung setzte. Die Bewegung gegen Sklaverei differenzierte sich entsprechend. Vor allem in den USA bildeten sich Gruppen, die sich deutlich von der britischen Bewegung

unterschieden und die US-Verfassung ablehnten, weil diese die Sklaverei institutionalisierte. Hier spielten Frauen, die in Großbritannien eher aufs Organisieren und Geldsammeln beschränkt waren, eine herausragende Rolle – Anlass für schwere Konflikte auf dem ersten Weltkongress gegen die Sklaverei 1840.

Die 1838 gegründete *British and Foreign Anti-Slavery Society* (BAFSS), die größte und dauerhafteste Organisation, die sich dem Thema widmete, positionierte sich in dieser Gemengelage als „wohlanständige, hoch motivierte Kampagnen-Organisation der Mittelklasse“ (70). Sie ordnete sich in eine Politik ein, die sich konsistent auf die besondere zivilisatorische Mission Großbritanniens berief und mit der persönlichen Befreiung der Arbeitenden die Forderung des Freihandels verband. Dabei richtete die BAFSS ihr Augenmerk zunächst auf den Kampf gegen den andauernden transatlantischen Sklavenhandel, die Situation in den westindischen britischen Kolonien nach der Sklavenbefreiung sowie auf die Sklaverei in den Südstaaten der USA. Dabei kam es zu scharfen Kontroversen, die teils auch Ausdruck in rivalisierenden Organisationen fanden. Die BAFSS wandte sich aufgrund ihrer pazifistischen Grundorientierung gegen die bewaffnete Seeblockade, mit der Großbritannien das Verbot des Sklavenhandels durchzusetzen beanspruchte, zugleich aber seine Hoheit über die Weltmeere festigte. Gleichzeitig löste die Krise der westindischen Plantagenökonomie, die sich nach der Sklavenemanzipation verschärfte, Debatten aus, die im Modus des auch im *New Poor Law* virulenten Diskurses über die eingefleischte Faulheit der Armen auf die vorgebliche

Arbeitsscheu der ehemaligen Sklaven verwiesen. Prominente Autoren wie Anthony Trollope, Thomas Carlyle oder Charles Dickens legten mit Sottisen über die vorgebliche angeborene „Faulheit des Negers“ Grundlagen späterer rassistischer und kolonialistischer Argumentationsformen. Heartfield erinnert daran, dass die Entschädigungen, die die Plantageneigentümer für die Sklavenemanzipation erhielten, gleichbedeutend mit einem gewaltigen Investitionsschub für die Industrialisierung in Großbritannien und einem massiven Ressourcenabfluss aus den einst – aufgrund der Sklavenökonomie – höchst profitablen karibischen Kolonien waren. Als es zu Rebellionen unter den Freigelassenen kam, wandte sich die BAFSS zwar gegen Exzesse der Unterdrückungskampagnen, behielt aber ihre enge Orientierung an der britischen Regierung konsistent bei. Dies kam zunehmend auch in persönlichen Überschneidungen mit dem Regierungsapparat, später auch mit dem Militär zum Ausdruck, so dass die Grenze zwischen Lobby-Arbeit und Regierungsnähe zuweilen verschwamm.

Der wohl schwerste Konflikt in der Geschichte der BAFSS betraf die Haltung zum Bürgerkrieg in den USA: Wohl auch unter dem Eindruck der vorherrschenden Meinung in bürgerlichen Kreisen in Großbritannien schloss sich die BAFSS der Tendenz zur Unterstützung der Südstaaten an. Die Mobilisierung einer weitgehend vom Arbeitermilieu getragenen Gegenbewegung, die insbesondere die schließlich proklamierte Sklavenemanzipation in den USA begrüßte, verhinderte eine Kriegsbeteiligung Großbritanniens, stellte die BAFSS aber auch vor neue

Probleme. Ihr gelang es, Teile der neuen Organisationen zu integrieren.

Nun verstärkte sich das Interesse der Organisation an den verbliebenen Sklavenökonomien auf Cuba und in Brasilien, wobei deutlich wird, dass die BAFSS gemäß politischer Opportunität sehr unterschiedlich vorging. Vor allem aber rückte seit Mitte der 1860er Jahre zusehends Afrika ins Zentrum des Blickfelds. Dabei verschränkte sich die Strategie imperialer Expansion und schließlich auch des territorialen Zugriffs mit dem propagierten Ziel der Bekämpfung des Sklavenhandels vor allem an der ostafrikanischen Küste. Diese Zusammenhänge, die schließlich im *Scramble for Africa*, in der Berliner Afrika-Konferenz 1884, der Brüsseler Konferenz 1890 sowie der kolonialen Aufteilung des Kontinents kulminierten, sind in letzter Zeit öfters dargestellt worden. Heartfield liefert Details, die immer wieder die ambivalente Haltung einer vordergründig philanthropischen Organisation deutlich machen, welche sich nicht nur in die expansiven Pläne ihrer Regierung einspannen ließ und diese vorantrieb, sondern die koloniale Ideologie der zivilisatorischen Mission dieser Expansion, symbolisiert in der angeblichen Beendigung des Sklavenhandels, aktiv mitgestaltete und forcierte. Dementsprechend fielen die Proteste aus, als sich die Ergebnisse dieses Kreuzzugs – vor allem in den Gräueln im Kongo-Freistaat, der dem belgischen König Leopold II. als Protagonisten der internationalen Kampagne gegen Sklaverei faktisch als Privateigentum überantwortet worden war – abzeichneten. Hier ordnen sich auch die Bestrebungen ein, dauerhaft internationale Zusammenkünfte mit ähnlichen Organisationen

vorwiegend in Staaten einzugehen, die gleichfalls am Kolonisierungsschub des ausgehenden 19. Jahrhunderts beteiligt waren. Afrikanische Potentaten wie etwa der Sultan von Zanzibar spielten bei alledem bestenfalls eine Nebenrolle, ansonsten wurden Afrikaner*innen zu Zielobjekten eines Wohlwollens, das von der Etablierung kolonialer Herrschaft nicht zu trennen war.

Ganz dementsprechend war die BAFSS wesentlich an politischen Grundentscheidungen beteiligt, die zu Weichenstellungen für das 20. Jahrhundert wurden. Die Organisation war während des Südafrikanischen Krieges („Burenkrieg“) gespalten, begleitete aber letztlich wohlwollend die darauf folgende Gründung der Südafrikanischen Union einschließlich des Ausschlusses der schwarzen Mehrheit: Die 1913 verfügte Aufteilung des Landes zugunsten weißer Siedlungsprojekte bzw. zu deren Konsolidierung erschien aus dieser Sicht als Maßnahme zum Schutz afrikanischer Gemeinschaften vor weiteren Übergriffen. Dabei war auch in den Positionierungen der BAFSS klar, dass die Frage der Arbeitskraft – wie schon im Kontext der Plantagen-Sklaverei – der entscheidende Gesichtspunkt war. Dies war bereits an der Auseinandersetzung über die Rekrutierung von „Kulis“ aus China und Indien deutlich geworden, deren Zielgebiete ebenfalls die Plantagen- und Bergbauregionen der Kolonialwelt waren.

Für die zunehmende Annäherung an den Staatsapparat und die Identifizierung mit dem staatlichen Kolonisierungsprojekt steht als übergreifendes Symbol die zentrale Rolle, die der BAFSS bei der Ausarbeitung des auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 geschaffenen

Mandatssystems des Völkerbundes zufiel. Damit wurde einerseits allen Kolonisierten das von der Entente in der Endphase des Ersten Weltkrieges propagierte Selbstbestimmungsrecht verweigert, andererseits faktisch eine Umverteilung der Kolonien zugunsten der Siegermächte bewirkt und das territoriale Ausmaß der Kolonialherrschaft auf seinen historischen Höhepunkt gebracht. Es verwundert daher nicht, dass die BAFSS auch in den letzten Jahren ihres Bestehens neben menschenrechtlichen Zielsetzungen an imperialen Vorstellungen festhielt und sich bestenfalls „langsam mit den Zielen der nationalen Befreiung“ (425) arrangierte, was für Heartfield ihren Verlust an Einfluss erklärt. Seine weitere Bilanz, die Ziele der abolitionistischen Bewegung seien heute angesichts der in UN und ILO institutionalisierten Normen weitgehend, wenn auch in widersprüchlicher Form erreicht, muss angesichts der Realitäten, die auch Fälle regelrechter Sklaverei nach wie vor einschließen, als übermäßig optimistisch erscheinen.

Das Buch ist ungemein detailreich und insofern informativ, allerdings ganz überwiegend auf der Grundlage der von der BAFSS publizierten Zeitschrift *Anti-Slavery Reporter* gearbeitet. Obwohl er kritische Perspektiven immer wieder aufblitzen lässt, entgeht der Autor wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde nicht der Reproduktion des Diskurses der BAFSS, was sich u.a. auch in der Terminologie niederschlägt, etwa dem durchgängigen, offenbar völlig arglosen Gebrauch von „native“ oder sogar von diskriminierenden Termini wie „Hottentotten“ (408). Die Sprache ist konsequent androzentrisch. Auch wenn – selten – Frauen vorkommen, agieren nur „Männer“. An

zahlreichen Stellen zeigt sich zudem, dass Heartfield mit Einzelheiten der vielfältigen Schauplätze, auf die sich seine Darstellung notwendig bezieht, nicht vertraut ist; gleiches gilt für einige historische Ereignisketten und Zusammenhänge. Hinzu kommen vor allem in den Anfangskapiteln die Fixierung auf ohne erkennbaren Zusammenhang präsentierte Biographien der Hauptakteure und eine in der Chronologie ständig fluktuierende und springende Darstellung, die manchmal nicht zu vermeiden sein mag, aber umso mehr Vorkehrungen erfordert hätte, die Abläufe nachvollziehbar zu halten. Damit bleibt eine wirklich interessante Materialsammlung, nicht aber ein gelungenes Buch.

Reinhart Kößler

Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld: transcript 2016, 408 Seiten

Der vorliegende Sammelband zu postkolonialen Zugängen in der Politikwissenschaft war dringend notwendig. Innerhalb der Politikwissenschaft als Disziplin wurde lange darauf gewartet, dass ein solches Werk erscheint, nachdem andere Disziplinen wie Literatur- oder Geschichtswissenschaft bereits zu Vorreitern in diesem Feld geworden sind. Im Zentrum des Buches steht dementsprechend die Frage, warum ein spezifisch disziplinär ausgerichteter Band für die Politikwissenschaft relevant ist. Die Antwort auf diese Frage fällt in den jeweiligen Artikeln unterschiedlich aus. Die Texte bieten einen Überblick über die Notwendigkeit und Aktualität postkolonialer Theorien. Dabei sind unterschiedliche Themenfelder wie

Politische Theorie, Politik in der BRD und auch internationale Politik(en) vertreten. Als Quintessenz ergibt sich, dass postkoloniale Zugänge in der Lage sind, neue Perspektiven und Erkenntnisse aufzuzeigen, die über klassische Ansätze hinausgehen und ansonsten unsicht- und unhörbar geblieben wären.

Im Kapitel zur Politischen Theorie zeigt u.a. der Beitrag von *Ina Kerner*, wie fruchtbar eine postkoloniale Perspektive auf klassische Werke der Politikwissenschaft sein kann. Er eröffnet eine neue Lesart von Frantz Fanons Werk. Dadurch erscheint Fanon nicht mehr in erster Linie als Gewalttheoretiker. Vielmehr zeichnen sich seine Studien durch Weitsicht, Aktualität sowie in Bezug auf Geschlechterverhältnisse durch eine vorausblickende Analyse aus.

Der Blick auf Geschlechterverhältnisse als zusätzliche Analysekategorie bildet einen wichtigen Schwerpunkt innerhalb des Gesamtwerkes. Dies ist sehr zu begrüßen, da sich Genderschwerpunkte – ebenso wie postkoloniale Zugänge – in der Politikwissenschaft noch immer in einer Randposition befinden. Ein gutes Beispiel für einen solchen Schwerpunktartikel ist der Beitrag von *Joshua Kwesi Aikins*. Er beschäftigt sich mit der Implementierung indigener Autoritäten in das politische System Ghanas und beleuchtet dabei insbesondere auf sprachlicher Ebene die Integration weiblicher *chiefs* bei der Verfassungsreform. Dabei verwendet Aikins in Anlehnung an das Konzept der *Kolonialität der Macht* von Aníbal Quijano einen Ansatz der *Kolonialität der Sprache*, welcher den Einfluss von Kolonialsprachen in postkolonialen Ländern aufzeigt.